

# 1. Kapitel

## Einleitung

*Kommentar, Infobus Ingolstadt*

Dass ein Großteil der heute in Bayern Schutz suchenden Menschen zumindest Übergangsweise in einem sogenannten AnKER-Zentrum wohnen muss, ist ein Resultat der repressiven asylpolitischen Entwicklung der letzten Jahre. Die CSU entdeckte in den Jahren 2013 und 2014 Asylsuchende aus den Westbalkanstaaten als Ziel für rassistische Stimmungsmache, mit den bekannten wohlkalkulierten Tabubrüchen und der rassistischen Rede vom „Asyltourismus“<sup>1</sup>. Befeuert durch das Aufkommen der AfD und damit einer politischen Kraft rechts der Union, in einer Konjunktur steigender Ankunftsahlen von Asylsuchenden in Deutschland, folgten auf diese Rhetorik auch politische Konsequenzen für die Unterbringung von Asylsuchenden: Die Westbalkanstaaten wurden zu „Sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt – und für die Asylsuchenden aus diesen Ländern sollte folglich eine „besondere“ Form der Unterbringung geschaffen werden, um einen maximalen Abschreckungseffekt zu erzielen. Im September 2015 wurden unter breitem Protest die ARE-Einrichtungen eröffnet – als Sonderlager für Migrant\*innen aus den Balkanstaaten und Prototyp für das AnKER-Zentrum. Nicht nur asylrechtlich ein Dammbbruch – auch aufgrund der spezifisch deutschen Geschichte der Verfolgung von Sinti\*innen und Rom\*innen eine unentschuld bare politische Praxis, da die vom Westbalkan kommenden Leute zu großem Teil Angehörige diskriminierter Gruppen wie den Roma sind.

Trotz der weitreichenden Kritik an dieser Form der Sammelunterbringung wurden die Zentren unter der Ägide von Horst Seehofer als „AnKER-Zentrum“ zum bundesweiten Modell für große, zentralisierte Aufnahmeeinrichtung, die eine vollständige Abwicklung des Asylverfahrens innerhalb der Einrichtung gewährleisten sollen. AnKER steht als Akronym für „Ankunft, Entscheidung, Rückführung“ – ganz entgegen dem Gedanken eines unabhängigen und ergebnisoffenen Asylverfahrens wird also schon einmal vorsorglich davon ausgegangen, die Schutzsuchenden wieder abzuschicken. Durch Bundesamt und Gerichtsaußenstelle direkt vor Ort, Deutschkurs und Schule direkt im Lager – wird jeder notwendige Kontakt nach außen limitiert und somit nachhaltige Integration in Deutschland während der Zeit in der Aufnahmeeinrichtung gezielt unmöglich gemacht. Mittlerweile werden nahezu alle Asylverfahren von in Bayern ankommenden Schutzsuchenden Menschen in AnKER-Unterkünften betrieben. Viele müssen häufig über Jahre hinweg in diesen Einrichtungen leben.

Die Kritik an AnKER-Zentren besteht seit ihrem Beginn und kommt aus den verschiedensten Ecken: von den Bewohner\*innen selbst, über Unterstützungs- und Beratungsstrukturen bis zur Gewerkschaft der Polizei<sup>2</sup>. Allein die Größe und Abgeschlossenheit der Lager erzeugen permanenten Stress und Probleme für die Bewohner\*innen. Fehlende Privatsphäre, Angst vor Abschiebungen, prekärste Sozialleistungen und häufig Arbeitsverbote und Residenzpflicht schaffen ein Klima der Isolation und Ausgrenzung und führen zu Konflikten.

In diesen großen, zentralisierten Sonderaufnahmeeinrichtungen verdichten und treffen sich verschiedene Linien der Diskriminierung und Ausgrenzung von asylsuchenden Menschen – die Isolation und Ausgrenzung aus der Mehrheitsgesellschaft; rassistische Behandlung durch Behörden, Polizei und Sicherheitsdienste; fehlender Zugang zu Rechtsberatung und Unterstützung im Asylverfahren; Arbeitsverbote und räumliche Beschränkungen; soziale Ausgrenzung durch ein absolutes Minimum an Sozialleistungen und das Sachleistungsprinzip; Ausschluss von regulärem Schulzugang und medizinischer Versorgung sowie die generelle Isolation und Ausgrenzung aus der Mehrheitsgesellschaft durch Lage und Architektur der Lager sowie soziale und rechtliche Benachteiligung der Bewohner\*innen.

Die vorliegende Broschüre bietet einen Einblick in die Lebensrealität verschiedener Bewohner\*innen. Durch Interviews, die Mitarbeiter\*innen des Münchner Flüchtlingsrats oder (ehemalige) Bewohner\*innen geführt haben, wurden die wichtigsten Themen herauskristallisiert. Die Bewohner\*innen sprechen über Themen, die ihnen wichtig sind und Wünsche, um das Leben im AnKER erträglicher zu machen. Ergänzt werden die Interviews mit Fachartikeln von Fachstellen, Menschenrechtsorganisationen, Anwält\*innen, Ärzt\*innen und Wissenschaftler\*innen, welche aus ihrer Perspektive eine Vielzahl von Problemen beleuchten. Klar wird, dass es sich bei AnKER-Zentren um ein System handelt, welches nicht den Asylprozess von Geflüchteten strukturiert, sondern in erster Linie ein Abschreckungsinstrument darstellt, das Menschen entrechtet und zur Ausreise drängt.

### Fussnoten

<sup>1</sup> Der spätere Ministerpräsident Markus Söder verwendete den Begriff „Asyltourismus“ wiederholt. Horst Seehofer sprach 2014 davon, Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme „bis zur letzten Patrone“ zu verhindern. Staatskanzleichef Marcel Huber fantasierte von „volksfestartigen Zuständen“ in Pristina, wenn Migrant\*innen nach Deutschland aufbrächen.

<sup>2</sup> Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingsräte fordern Rückkehr zu dezentraler Unterbringung, siehe etwa: <https://www.sueddeutsche.de/politik/landtag-muenchen-viel-experten-kritik-an-ankerzentren-fuer-fluechtlinge-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-190926-99-44828>. Nach den brutalen Polizeieinsätzen in Ellwangen forderte die Gewerkschaft der Polizei eine andere Unterbringungspolitik: <https://www.dw.com/de/einw%C3%A4nde-gegen-geplante-ankerzentren-mehren-sich/a-43657735>.